



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/246 - 22.10.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 76 54-59
Fernschreiber 039 890

Parteitag der guten Regie	S. 1
Frankreich und die Oder-Neiße-Grenze	S. 3
SPD-Frauenkonferenz in Fulda	S. 5
Sowjetzonenterror hält an	S. 6
MdB Willy Fischer gestorben	S. 6
DP in Peine - BHE in Helmstedt	S. 7

Der Schrei nach dem Propagandaminister

Zum Parteitag der CDU in Karlsruhe

F.B. Die vergangenen zwei Jahre waren für die CDU auf ihrem Parteitag in Karlsruhe nicht existent. Es hat keine Wahlen in Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein gegeben, die Bundestagsnachwahlen wurden auf einem anderen Stern abgehalten und die katastrophalen CDU-Verluste standen außerhalb jeder Diskussion. Karlsruhe, wie es sich äußerlich zeigte, war ein Parteitag der Einheit und Geschlossenheit, an dem selbst Attinghausen seine Freude gehabt hätte. Dahinter aber lauerte die Angst und die Erkenntnis der eigenen Hilflosigkeit, eine Angst, die nicht das Besinnen auf die eigene Konzeption zum Ergebnis gehabt hat, sondern in Haß gegen die Erfolgreicheren und im besonderen gegen die SPD umschlug.

Aus der Politik der letzten zwei Jahre galt es doch Bilanz zu ziehen und Erklärungen für die Vertrauenskrise zu suchen, in der sich die CDU befindet. Was aber war das Ergebnis? Man bescheinigte sich gegenseitig, daß man die beste Regierung und die beste Fraktion aller Zeit ist, und wenn die Bevölkerung anderer Meinung ist, dann liegt das nur daran, daß sie von den "Erfolgen" nichts weiß. Es gab keinen Referenten und keinen Diskussionsredner, der nicht den Schrei nach dem Propagandaminister vorbrachte. Das Resultat aller Debatten war nicht die bitter notwendige Selbstbesinnung und Selbsteinkehr, sondern die Goebbelasche Methode, in Zeiten der größten Rückschläge den bevorstehenden Endsieg herauszuschreiben.

Wenn aber etwas doch zeigte, wie die Angst um die Zukunft sich in den Herzen der christlichen Demokraten festgekrallt hat, dann war es das Referat von Ministerpräsident Arnold. Allein die Tatsache, daß er - in Goslar war das noch absolut undiskutabel - reden durfte, war bezeichnend, und alles, was er sagte, war die unausgesprochene Forderung: zurück zum Ahlener Programm, zurück zu den Düsseldorfer Leitsätzen. Mitbestimmung, Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer, in Goslar noch mit unwilligem Brummen und vereinzelten Pfuirufen bedacht, fanden in Karlsruhe begeisterten Beifall, weil

man eingesehen hat, daß einem die letzten Felle davonschwimmen, wenn man sich in der Öffentlichkeit nicht sozialer und arbeiterfreundlich gebärdet. Aber habt keine Angst, ihr Geldgeber der CDU, ihr Christen, denen das Christentum bis an die eigenen Geldbörsen gilt, ihr Unternehmer mit dem Herr-im-Hause-Standpunkt; blinzelte mit dem Korreferat der stellvertretende CDU-Vorsitzende Holzapfel der Versammlung zu. Wenn wir den Gewerkschaften schon das Mitbestimmungsrecht etwa in den Industrie- und Handelskammern gewähren müssen, dann werden wir schon dafür sorgen, daß ihnen ihre hoheitlichen Aufgaben abgenommen werden, also keine Angst, es bleibt alles beim alten.

War für die Arbeitnehmer die scheinbare Rückkehr zu Ahlen als der neue, alte Köder gedacht, für die zweite Gruppe, die der CDU den Rücken kehrt, soll das Bekenntnis zum Mittelstand der Staudamm sein, der die abflutenden Massen aufhält. Wie wurde der Verband des Einzelhandels gelobt, weil er sich nicht am Mittelstandsblock beteiligen will und wie unchristlich sind doch die Bauern und Hausbesitzer, die die CDU nicht mehr als ihre Interessenvertretung ansehen!

Und das Dritte, das sich wie ein roter Faden durch die Tage in Karlsruhe hindurchzog, war die immer wieder beteuerte Einheit von evangelischen und katholischen Christen. Es gibt doch aber keinen außerhalb der CDU Stehenden, der diese "Einheit" sprengen will. Wenn sie in Gefahr ist, dann doch durch Strömungen, die in der CDU selbst vorhanden sind. Strömungen, deren Vorhandensein ein Diskussionsredner treffend bestätigte, als er erklärte, daß die katholische Wählerschaft seit Jahrzehnten straff diszipliniert sei, dem evangelischen Teil der CDU aber diese Disziplin fehle.

Trotz aller zur Schau getragenen Einigkeit gäbe es in Karlsruhe. Die Ausschußberatungen und ihre Ergebnisse haben das bewiesen, so daß man sich gezwungen sah, die Beschlüsse der Ausschüsse als inoffizielle Meinungsäußerung zu deklarieren. Trotzdem aber dieses äussere Bild der Einheit? Sie ist nicht das Ergebnis innerer Geschlossenheit, sondern einer meisterhaften Regie. Auf offizielle Referenten folgten angekündigte offizielle Diskussionsredner und als das "Volk" murrte, wurden die ans Pult gelassen, die die Gewähr für Linientreue boten. Bestand aber wirklich einmal Gefahr, dann traf prompt eine ausländische Delegation ein oder reiste ab und mußte zunächst einmal oder schnell noch das Wort ergreifen.

Die große öffentliche Auseinandersetzung, die klären sollte, ob die CDU noch die Sammlungsbewegung der Volksteile ist, die der SPD fernstehen, oder eine Konfessionspartei mit der abgewandelten Devise "Unternehmer und Alter", ist durch technische Mittel verhindert worden. Diese Klärung und Entscheidung aber läßt sich nicht aufhalten. Karlsruhe ist ausgewichen, die nächsten Wahlen werden entscheiden.

+ + +

Frankreich und die deutsche Einheit

A.F.-Paris, Mitte Oktober

Es ist nicht leicht, sich ein klares Bild über die französischen Reaktionen auf die Möglichkeit einer Wiedervereinigung Deutschlands zu machen. Die offizielle Versicherung, Frankreich sei immer vorbehaltlos für die deutsche Einheit eingetreten, ruft selbst innerhalb des Quai d'Orsay ein etwas ironisches Lächeln hervor, da man sehr wohl weiß, daß dem nicht so war. Kurz nach Beendigung des Krieges veröffentlichte zum Beispiel der augenblickliche französische Hochkommissar François-Poncet im "Figaro" eine lange Artikelserie, in der er die Aufteilung Deutschlands in eine Reihe selbständiger Staaten forderte. Inzwischen ist allerdings viel Wasser den Rhein und die Elbe hinabgeflossen und die französische Einstellung wesentlich realistischer geworden.

Die Möglichkeit einer deutschen Wiedervereinigung erscheint in den offiziellen Kreisen Frankreichs als ein geradezu unerwartetes Glück, denn man sieht darin einen ebenso eleganten wie wirkungsvollen Weg, um die militärische Beteiligung des Nachbarlandes an der westlichen Verteidigung zu vermeiden. An der Unpopularität der deutschen Wiederaufrüstung in Frankreich änderte sich in den letzten Monaten überhaupt nichts. Es handelt sich dabei um eine der wenigen Angelegenheiten, die im Grunde genommen in allen politischen Kreisen, von den Kommunisten bis zu den Gaullisten, die gleichen Gefühle wecken. Der amerikanischen Forderung wurde nur aus einer Zwangslage heraus entsprochen. Einerseits konnte man es sich nicht leisten, Washington vor den Kopf zu stoßen, andererseits erklärte man wenigstens teilweise die Notwendigkeit, sämtliche Kräfte dem drohenden Sowjetblock gegenüber zum Schutz des Westens zu mobilisieren. Gelingt es durch eine Wiedervereinigung Deutschlands, die Spannung zwischen Ost und West wirklich zu verringern, dann entfällt bis auf weiteres diese Notwendigkeit, während gleichzeitig die amerikanischen Wünsche gegenstandslos werden.

Die Medaille hat allerdings eine Kehrseite. Ein geeintes, nach West und Ost hin theoretisch unabhängiges Deutschland scheint von der öffentlichen französischen Meinung ebenso gefürchtet zu sein

wie die Wiederbewaffnung seiner westlichen Hälfte. Mit den Ursachen der sogenannten deutschen Gefahr veränderte sich auch die Form der Sicherheitswünsche. Jetzt spricht man von einer der Einigung folgenden Bolschewisierung des Landes, entsprechend dem Beispiel der Tschechoslowakei. Diejenigen, die an den deutschen Antikommunismus glauben, erwarten eine souveräne, deutsche Außenpolitik, die sofort versuchen würde, den Osten und den Westen gegeneinander auszuspielen, in der Hoffnung, auf diese Weise in der Weltpolitik schließlich den entscheidenden Ausschlag zu geben. Mag es sich dabei auch um nichts mehr als um phantasievolle Zukunftsspekulationen handeln, besteht jedoch kein Zweifel, daß derartige Erwägungen die zukünftige Einstellung Frankreichs zur deutschen Einheit sehr fühlbar beeinflussen werden. Die Ablehnung einer deutschen Neutralisierung kann bereits als sicher gelten.

Ein weiteres Fragezeichen der französischen Politik ist die Oder-Neiße-Linie. Auch hier sind die offiziellen Versicherungen nicht allzu überzeugend. Man verweist auf die verschiedenen Erklärungen der beiden französischen Nachkriegsaußenminister Bidault und Schuman, die angeblich nie die Oder-Neiße-Linie anerkennen wollten. Das stimmt zweifellos für Schuman, nicht aber unbedingt für Bidault, der sich nach offiziöser Feststellung je nach den Verhältnissen in dem einen oder in dem anderen Sinne ausdrückte und zu Beginn seiner Amtstätigkeit die deutsche Ostgrenze in ihrer jetzigen Form zumindest stillschweigend billigte. Ein humorvoller französischer Beobachter bemerkte hierzu, der Quai d'Orsay habe es in Zukunft verhältnismäßig leicht, denn er könne sich je nach den Umständen zur Begründung seiner Thesen auf die eine oder die andere Erklärung Bidaults berufen. Juristisch vertritt man den Standpunkt, die ganze Frage könne lediglich im Augenblick des Abschließes eines Friedensvertrags mit Deutschland geregelt werden. Im Falle von Friedensvertrags-Verhandlungen könnte für den Westen nach französischer Ansicht die Oder-Neiße-Linie lediglich zu einer Tauschobjekt werden, d.h. man will sich seine endgültige Zustimmung hierzu durch entsprechende, sowjetische Zugeständnisse abkaufen lassen.

Auf einer etwas höheren Ebene läßt man sich ferner von der Tatsache leiten, daß nach allen vorliegenden Berichten eine etwaige Änderung der deutschen Ostgrenze auf Druck der Westmächte hin unweigerlich die heute mehrheitlich Rußland feindlichen Polen und Tschechen der Sowjetunion psychologisch und politisch in die Arme treiben müßte. Wie dem auch sei, mit bindenden Erklärungen des Quai d'Orsay zur Oder-Neiße-Linie ist in nächster Zukunft nicht zu rechnen. Man erachtet es für erwünschlich, diese Frage so wenig wie nur möglich zu berühren.

Sozialistinnen in Fulda

(sp) Nach einer eingehenden Diskussion über die Fragen politischer Schulungs- und Werbearbeit wurde die dreitägige Frauenkonferenz der SPD in Fulda am 21.10. nachmittags beendet. Die Konferenz war von 200 Delegierten und Gastdelegierten, von Vertretern der Gewerkschaften und Genossenschaften, von Frau Dr. Karsten, Frauenreferentin im Bundesinnenministerium, sowie von den verantwortlichen Frauenbüro-Leiterinnen der drei alliierten Behörden besucht.

Erich Ollenhauer, der stellvertretende Vorsitzende der SPD, überbrachte die Grüße des Parteivorstandes. Frau Rosl Jochmann, Wien, nahm als Vertreterin der sozialistischen Frauen Österreichs am Kongreß teil. Die Frauen der skandinavischen Parteien, Hollands und Luxemburgs schickten Begrüßungsschreiben.

Zum Referat von Frau Dr. Selbert über die gesetzgeberischen Konsequenzen aus Artikel 3 des Grundgesetzes, "Gleichheit vor dem Gesetz", wurde eine Reihe von Vorschlägen angenommen, die der SPD-Bundestagsfraktion übermittelt werden sollen.

Größte Beachtung fand das Referat von Frau Dr. Minna Specht über Sozialismus als Lebenshaltung und Erziehungsaufgabe, das allgemein als wichtiger Beitrag zur kulturpolitischen Diskussion in der SPD betrachtet wurde. Neben diesen zwei Referaten wurden noch zu einer ganzen Reihe aktuell-politischer Fragen Stellung genommen und Entschlüsse gefaßt: u.a. zur Frage der Vertriebenen, zur Freilassung der Kriegsgefangenen, zu der unverantwortlichen Regierungspolitik in der Frage der Preis- und Lohngestaltung und der Hausbrandversorgung und zu dem bedrohlichen Anwachsen neofaschistischer Kräfte.

An die Frauen der Ostzone wurde eine Botschaft freundschaftlicher Verbundenheit gerichtet.

Aus Anlaß der Konferenz fand am 20.10. in Fulda eine große öffentliche Kundgebung statt, in der Erich Ollenhauer, Louise Schröder, Paula Karpinski und Rosl Jochmann sprachen.

+ + +

Man wird sie zur Rechenschaft ziehen

Vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird erklärt:

Die Sowjetzonenregierung hat im Zusammenhang mit der gegenwärtigen politischen Situation eine sogenannte Amnestie für 20000 Häftlinge angekündigt. Nach den jetzt bekanntgewordenen Einzelheiten werden keine politischen Häftlinge, sondern nur wegen geringfügiger krimineller Vergehen verurteilte Personen freigelassen. Damit hat sich diese von Pieck angekündigte Amnestie als ein bloßes kommunistisches Zweckmanöver herausgestellt.

Der Vorstand der SPD verweist auf das Schicksal der in den Zuchthäusern von Bautzen, Waldheim, Hoheneck, Torgau, Untermassfeld, Brandenburg etc. zu Tausenden widerrechtlich festgehaltenen politischen Häftlinge und der aus den KZ's nach der Sowjetunion Deportierten. Die gegenwärtige Pankower Regierung wird eines Tages für das Schicksal der Tausende von politischen Häftlingen zur Rechenschaft gezogen werden.

Das eben erst ausgesprochene Terrorurteil gegen 19 Weidauer Jugendliche, die zu insgesamt 130 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, beweist, daß der politische Terror auch weiterhin der wesentlichste Bestandteil des kommunistischen Ostzonenregimes ist.

Die deutsche Sozialdemokratie wird auch in Zukunft darum kämpfen, daß die politischen Häftlinge in der Sowjetzone freigelassen werden. Der Vorstand der SPD appelliert an die freie Welt, diesen Kampf um die Befreiung der politischen Gefangenen in der Sowjetzone zu unterstützen.

+ + +

Zum Tode Willy Fischers

(sp) Am Sonntag ist Willy Fischer-Fürth, Vorsitzender des Bezirks Franken der SPD und Mitglied des Bundestages, nach langem schwerem Leiden gestorben.

Als er vor einigen Wochen nach monatelanger Krankheit wieder im Kreise seiner Freunde erschien, war man erschüttert über den körperlichen Zerfall. Der stattliche, breitschultrige Mann mit dem großflächigen gesunden Gesicht, war gebeugt, schrecklich abgemagert, seine Augen lagen tief über hohlen Wangen. Es war das Erschütterndste, daß jeder sah und wußte, es war nur noch das Aufflackern einer letzten Lebenskraft, während man ihm Mut für die Genesung zusprach, an die niemand glaubte.

Fischer, 1904 in Fürth geboren, trat 1918 in die "Freie Sozialistische Jugend" ein. Bis April 1930 war er Mitglied der KPD, im Herbst des gleichen Jahres trat er in die SPD ein. Die Zeit zwischen 1933 und 1945 sah ihn in der illegalen Arbeit, in Schutzhaft, als Soldat an der Front und in Kriegsgefangenschaft. Im September 1945 arbeitete er in Fürth führend an der Neugründung von SPD und Gewerkschaft. Er war Mitglied des Bayrischen Landtages, später des Bundestages und des Vorstandes der SPD.

In Willy Fischer verliert die SPD einen ihrer menschlich sympathischsten Genossen, unermüdlich in der Arbeit für die sozialistische Sache, einen klugen, geraden, warmherzigen Mann. Die SPD wird ihm ein ehrenhaftes Andenken bewahren.

+ + +

Politisch unwägbara Platzkonzerte

-dt. In Niedersachsen geschehen Wunder. Da werden Parteitage abgehalten, die man vorher für so kritisch hält, daß man die Presse nicht zuläßt und hinterher wird den Journalisten in Pressekonferenzen erzählt, daß alles in bester Einmütigkeit verlaufen sei. Das trifft auf den Parteitag der niedersächsischen DP in Peine zu, was aber nicht verwunderlich ist, weil Bundesminister Hellwege noch nie, weder auf Landes- noch auf Bundesparteitagen, der Presse Zutritt gewährte, und neuerdings hat sich dieser Praxis auch der BHE angeschlossen.

Was die DP der Öffentlichkeit so an innerer Parteisubstanz vor- enthielt, ersetzt sie durch Äußerlichkeiten. (Hellwege: "Wir müssen viel stärker als bisher auch die Unwägbarkeiten der Politik in Rechnung stellen"). Solche Unwägbarkeiten sind, wie in Peine demon- striert: Das Deutschland-Lied, schwarz-weiß-rote Fahnen, gelbweiße Kreisverbandsfahnen, Reiterfanfarenzüge, Spielmann- und Musikzüge, Platzkonzerte, Zapfenstreiche usw. Damit sollen die Stimmen zurück- gewonnen werden, die die DP an Dorle und Remer verloren hat und mit dem so aufgefrischten Kader soll die Schlacht gegen die auf dem Parteitag mehrmals als größter Gegner bezeichnete SPD geführt werden.

Vorausschauend wird vor einer "Überbewertung der radikalen Strömungen in Niedersachsen" gewarnt, denn man kann heute nicht als radikal beschimpfen, was man später selbst übernehmen möchte, so- fern nicht Remer einen Strich durch die DP-Rechnung macht. Vorsorg- lich auch appelliert man an den in Rendsburg gegründeten Mittel- standsblock, doch zu erkennen, daß keine Partei so wie die DP geeig- net sei, "Mittelstandspolitik" zu betreiben. Selbstverständlich hat die DP "niemals etwas mit Radikalismus zu tun gehabt", was man sich selbst in einer Entschliebung bescheinigt. Im Gegenteil, die Trieb- kräfte der DP sind "konservativ, aber fortschrittlich" (Hellwege). Die Definition dieses Begriffes überließ Hellwege einem stellver- tretenden Mitglied des Kulturausschusses, einem Herrn von Halingen. Demnach ist konservative Fortschrittlichkeit "schöpferische Politik" aus der "Bewahrung der ewig göttlichen Gesetze eines Volkes". Und

dann wundert sich die DP (wieder in einer EntschlieÙung), daÙ ihre Arbeit nicht den "notwendigen publizistischen Widerhall" findet, "während die negative Kritik Schumachers häufig bereitwillig veröffentlicht wird".

Die Kardinalfrage der niedersächsischen DP, wie man sich, ohne an Gesicht zu verlieren, aus dem Verlustgeschäft mit der CDU in der Niederdeutschen Union zurückziehen könnte, hat in Peine angeblich überhaupt keine Rolle gespielt. Man trennt sich (noch) nicht, aber der Gedanke der Niederdeutschen Union wird auf Niedersachsen beschränkt bleiben. Vor einem Jahr hatte es Hellwege anders gesagt.

50 Kilometer von Peine entfernt, in Helmstedt, hielt zur gleichen Zeit der niedersächsische BHE seinen Landesparteitag ab. Bundesvorsitzender Kraft war offiziell gekommen, um das neue Parteiprogramm des Gesamt-BHE der Öffentlichkeit zu übergeben, inoffiziell, um den bisherigen Landesvorsitzenden, den heimatvertriebenen von Kessel, vor dem Ansturm der Entrechteten zu retten. Es gelang. Der heimatvertriebene von Kessel wurde nach heftigen Kämpfen wieder erster Vorsitzender, Er mußte dafür in Kauf nehmen, daß der ontrechtete (er betrachtet sich durch die Entnazifizierung entrechtete) Dr. Schultz, Finanzier des BHE, sich an die zweite Stelle setzte und zur Unterstützung an die dritte Stelle der ehemaligen Staatssekretär in Fricks NS-Reichsinnenministerium, SS-Obergruppenführer Stuckardt, nahm.

Ob es dem wenig routinierten Kessel gelingen wird, mit dieser Mannschaft die Ausbruchsversuche des rechten BHE-Flügels aus der Koalition mit der SPD auf die Dauer zu verhindern, muß abgewartet werden. Immerhin wurden der Presse gegenüber solche Tendenzen zunächst feierlich dementiert. Die der Pressekonferenz beiwohnenden Journalisten notierten den Zusatz Kessels, "daß wir natürlich nicht ewig mit der SPD verheiratet sind".

+ + +

(op) Der Bundesvorstand des DGB ist zum 2. November 1951 zu einer Sitzung einberufen, deren alleiniges Thema ist: "Unsere Stellung zur Bundesregierung".